

Schöne Klimaziele in der Verfassung reichen nicht

Energiepolitiker von links bis rechts kritisieren die Pläne des Bundesrats – sie wollen rasch eine Neuauflage des CO₂-Gesetzes

FABIAN SCHÄFER, BERN

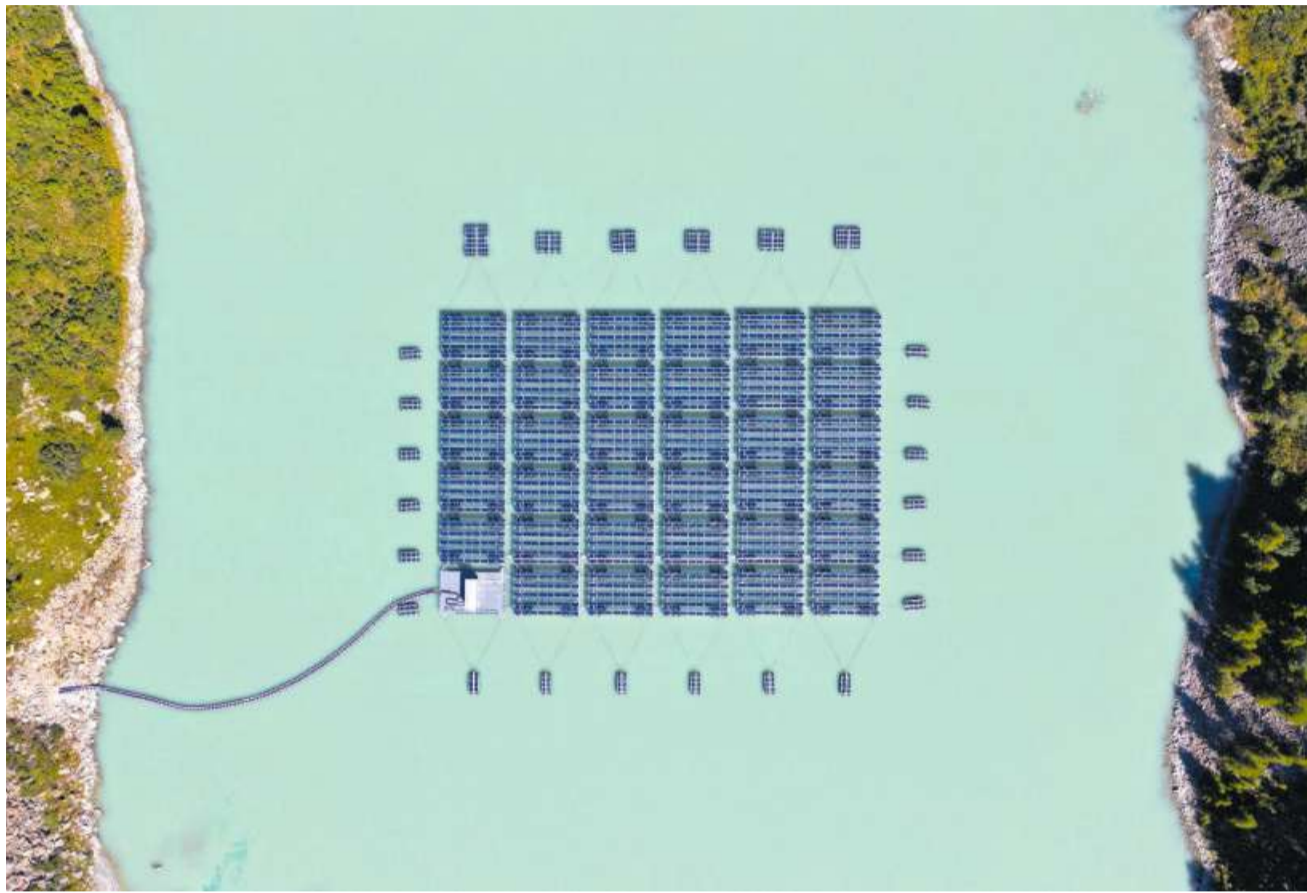
Der Fahrplan des Bundesrats war geschickt getaktet: im Juni die Abstimmung über die Revision des CO₂-Gesetzes mit der Klimapolitik bis 2030, danach im August der Entscheid über die Gletscherinitiative zu den weiteren Klimazielen bis 2050.

Gekommen ist es anders. Das Stimmvolk hat die CO₂-Vorlage abgelehnt und den schönen Plan über den Haufen geworfen. Wegen der gesetzlichen Fristen kam der Bundesrat nun aber nicht mehr darum herum, trotzdem schon an seiner Sitzung vom Mittwoch zur Gletscherinitiative Stellung zu beziehen. Er lässt sich vom Volksentscheid nicht beirren und hält am eingeschlagenen Weg fest. Die Landesregierung hat einen direkten Gegenentwurf verabschiedet, mit dem sie dasselbe Ziel in die Verfassung schreiben will wie die Gletscherinitiative: «netto null» bis 2050. Das heisse, dass die Schweiz maximal so viele Treibhausgase ausstossen darf, wie CO₂-Speicher aufnehmen können. Im Gegensatz zur Initiative lehnt der Bundesrat ein Verbot fossiler Energieträger ab. Zudem will er auf die Sozialverträglichkeit der Klimapolitik achten und die «spezielle Situation» der Berg- und Randgebiete berücksichtigen.

Risikofaktor Ständemehr

In der Botschaft hält der Bundesrat bereits fest, er werde «möglichst rasch» über eine neue Vorlage mit konkreten Massnahmen für die Klimapolitik der nächsten Jahre entscheiden. Nur: Was bringt es, gleichzeitig bereits hehre Klimaziele bis 2050 in der Verfassung zu verankern? Kommt hinzu, dass das Projekt riskant ist. Falls der Widerstand in ländlichen Regionen anhält, könnten die Initiative und der Gegenvorschlag am Ständemehr scheitern.

Deshalb sprechen sich Energiepolitiker aus SP, FDP und Mitte für ein anderes Vorgehen aus: Das Parlament soll als nächsten Schritt sogleich eine neue Gesetzesvorlage mit konkreten Massnahmen erarbeiten. Diese könnte auch als indirekter Gegenvorschlag zur Gletscherinitiative fungieren. In diesem Sinne äussern sich der SP-Fraktionschef Roger Nordmann, der FDP-Ständerat Damian Müller und der Mitte-Nationalrat Stefan



Auf dem Lac des Toules im Wallis befindet sich das erste schwimmende alpine Solarkraftwerk der Schweiz.

GFC COLLECTION / IMAGO

Müller-Altermatt. Auch der FDP-Nationalrat Christian Wasserfallen, der parteiintern zu den Gegnern der klimapolitischen Wende von 2019 gehört, hält zusätzliche Massnahmen für notwendig, will dabei aber weniger weit gehen.

«Wir sollten ehrlich sein»

Fundamentaler Widerstand kommt von der SVP: Der Energiepolitiker Albert Röstli lehnt den Gegenvorschlag ebenso ab wie eine rasche Neuauflage zum CO₂-Gesetz. Wenn es dabei bleibt, werden es wieder die anderen Parteien sein, die den Ton angeben – allen voran die Mitte. Ihr Nationalrat Müller-Altermatt sagt: «Wir sollten ehrlich sein und den Leuten auch sagen, wie wir die Ziele erreichen wollen und was das kostet.»

Aussagen der befragten Energiepolitiker lassen Rückschlüsse auf die mög-

lichen Eckwerte einer neuen CO₂-Vorlage zu.

■ **Gebäude:** Nicht nur die Vertreter von SP und Mitte halten bei den Wohnhäusern weitere Verschärfungen für notwendig, sondern auch der FDP-Ständerat Müller. Er sagt, die Kantone seien hier bis jetzt zu zurückhaltend. Der Mitte-Nationalrat Müller-Altermatt betont, die notwendige Reduktion lasse sich nur erreichen, indem der Staat fossile Heizungen über die CO₂-Abgabe weiter verteuere oder über Auflagen bei der Erneuerung unattraktiver mache. «Aber wenn wir das an der Urne durchbringen wollen, brauchen wir zwingend neue Finanzierungsmöglichkeiten für ältere Hausbesitzer.» Woher das Geld kommen soll, lässt er offen. Politisch schwierig wäre nach der verlorenen Abstimmung eine Erhöhung

der CO₂-Abgabe. Der FDP-Nationalrat Wasserfallen wäre klar dagegen, zumal die Abgabe bereits eine der höchsten der Welt sei. Insgesamt scheint gut denkbar, dass das Parlament die Vorschriften verschärfen und die Förderung ausbauen wird – die grosse Frage bleibt die Finanzierung.

■ **Verkehr:** Heute schlagen Treibstoffimporteure etwa 1,5 Rappen für CO₂-Kompensationen auf den Preis pro Liter. Erlaubt wären maximal 5 Rappen. Die gescheiterte Vorlage wollte den Plafond auf 12 Rappen anheben, was beträchtlichen Widerstand auslöste. Nach den Aussagen der Energiepolitiker ist nicht zu erwarten, dass sich das Parlament hier noch einmal die Finger verbrennen will. Der FDP-Ständerat Müller hält vor allem eine Förderung der Infrastruktur für Elektroautos für notwendig, namentlich

in Mehrfamilienhäusern. Auch hier: Wie dies finanziert werden soll, lässt er offen.

■ **Flugverkehr:** Soll das Parlament noch einmal versuchen, eine nationale Flugticketabgabe einzuführen? Der FDP-Ständerat Müller hielt dies für «politisch fragwürdig», sein Parteikollege Wasserfallen wäre vehement dagegen. Er verweist auf internationale Regelungen: das Corsia-Abkommen und die Teilnahme am europäischen Emissionshandel. Der Mitte-Vertreter Müller-Altermatt hingegen möchte an einer Ticketabgabe festhalten. Corsia hält er für zu schwach, weil es nur den künftigen Anstieg kompensieren wolle. Zudem ist er – als ein Mann vom Land – überzeugt, dass gerade die Landbevölkerung eine solche Abgabe unterstützt. Doch ohne die FDP hat die Forderung im Parlament kaum eine Chance.

■ **Auslandprojekte:** Wasserfallen regt an, Schweizer Firmen auf Basis des Pariser Klimaabkommens mehr Möglichkeiten zu eröffnen, in Kompensationsprojekten im Ausland zu investieren. «In vielen Ländern lässt sich mit gleich viel Geld viel mehr CO₂ einsparen als in der Schweiz, dieses Potenzial wird praktisch nicht genutzt.»

Die SVP hat andere Prioritäten. «Wir müssen uns endlich auf die echten Probleme konzentrieren», sagt Albert Röstli. Damit meint er die Stromversorgung: Wenn die Dekarbonisierung komme, wenn die Zahl der Elektroautos oder auch der Wärmepumpen zunehme, brauche die Schweiz massiv mehr Strom. Gleichzeitig dürfen keine neuen AKW gebaut werden. Deshalb, so Röstli, müsse der Bundesrat vor allem dafür sorgen, dass die Schweiz auch in Zukunft eine ausreichende CO₂-freie Stromversorgung habe, insbesondere mittels Ausbau der Wasserkraft oder auch hochalpiner Solarkraftwerke.

Für den Ausbau der erneuerbaren Energien besteht ein breiter Konsens. Doch Röstli erwartet mehr Entschlossenheit: «Fast jedes Ausbauprojekt stösst wegen Natur- und Landschaftsschutz auf Widerstand.» Die Diskussion über die Grenzen des Rechtswegs in der Energie- und Klimapolitik dürfte spannend werden.

FDP will EU-Kohäsionsmilliarde rasch freigeben

Der Bundesrat möchte den zweiten Beitrag im Eiltempo deblockieren – zwei Parteien spielen eine Schlüsselrolle

TOBIAS GAFAFER, FABIAN SCHÄFER, BERN

Der Bundesrat schlägt für Berner Verhältnisse ein forsches Tempo an. Am Mittwoch hat er die Botschaft zur Freigabe der zweiten Kohäsionsmilliarde für EU-Staaten verabschiedet. Das Parlament soll so rasch wie möglich über die Vorlage entscheiden. Damit will die Regierung die Bedingung, die der Stände- und der Nationalrat 2019 eingefügt hatten, wieder streichen. Diese beschlossen damals, dass Bern die Zahlungen nur vornehmen darf, wenn die EU die Schweiz nicht mit Strafmassnahmen wie bei der Börse diskriminiert.

Dies ist bis heute der Fall. Dass Brüssel die Gleichwertigkeit der Schweizer Börsenregulierung rasch anerkenne, sei nach dem Abbruch beim Rahmenabkommen auch nicht absehbar, hält der Bundesrat in seiner Botschaft fest. Die Schweiz setzte sich zwar weiterhin dafür ein, dass die EU auf diskriminierende Schritte verzichte. Der Brexit habe jedoch eine neue Ausgangslage geschaffen. London hat die Börsenäquivalenz für die Schweiz im Februar anerkannt. Seither ist der Handel mit Schweizer Aktien an den wichtigen britischen Handelsplätzen wieder möglich.

Mit der Deblockierung der rund 1,3 Milliarden Franken will der Bundesrat die Negativspirale in der Beziehung mit der EU durchbrechen. Nach dem Ab-

bruch beim Rahmenabkommen entfallt die Logik der Druckpolitik der EU, die auf den Vertragsabschluss ausgerichtet gewesen sei, schreibt er. Die Schweiz könne den bereits beschlossenen zweiten Kohäsionsbeitrag umsetzen und den Beziehungen zu Brüssel eine neue Dynamik geben.

Aufwärts- statt Negativspirale

Im Parlament entscheiden die Mitte und die FDP über das Schicksal des Plans. Die SP hat sich stets vorbehaltlos für die zweite Kohäsionsmilliarde ausgesprochen, die SVP lehnt die Zahlungen ab. Die Freisinnigen stellten sich am Mittwoch hinter den Bundesrat. Die rasche Freigabe sei richtig, um die Beziehungen mit der EU nach dem Abbruch beim Rahmenabkommen zu normalisieren, teilte die Partei mit. Sie forderte die Regierung aber auch auf, so schnell wie möglich neue Ansätze zur Weiterentwicklung der Bilateralen mit der EU vorzulegen.

Die Freigabe könne im gegenwärtigen Umfeld ein Schritt zur Entspannung sein, sagt der Ausserrhodener FDP-Ständerat Andrea Caroni. Statt einer Negativspirale solle die Schweiz mit der EU eine Aufwärtsspirale anstreben. Caroni erwartet allerdings, dass Brüssel im Gegenzug beim Forschungsprogramm Horizon Europe guten Willen zeigt. Die Mitte hat sich in einem

Communiqué bereits Ende Mai grundsätzlich hinter die Freigabe der zweiten Kohäsionsmilliarde gestellt. «Wir müssen einen ersten Schritt machen, um die Situation mit der EU nicht eskalieren zu lassen», sagt die Baselbieter Nationalrätin Elisabeth Schneider-Schneiter.

Der Plan des Bundesrats ist allerdings kein Selbstläufer. In der Mitte und der FDP gibt es skeptische Stimmen. Das Parlament solle sich nicht vom Bundesrat drängen lassen, die Vorlage in der Septembersonne im Eilverfahren durchzuführen, sagt der Mitte-Präsident Gerhard Pfister. «Wir sollten zumindest abwarten, was die EU-Kommission im Herbst zu ihrer künftigen Politik gegenüber der Schweiz zu sagen hat.» Zudem setzt Pfister inhaltlich Fragezeichen: «Aussenminister Ignazio Cassis agiert widersprüchlich.» Einerseits sage er, die Freigabe der Kohäsionsmilliarde eile sehr. Andererseits präsentiere er dem Parlament nun eine Botschaft, ohne dass er gleichzeitig die Grundlage für die Abkommen mit den einzelnen Ländern vorlegen könne. «Das ist fragwürdig und wird im Parlament weitere Diskussionen provozieren.» Auch die harte Haltung der EU bei der Schweizer Börse, der Zulassung von Medizinaltechnik-Produkten, der Forschungs Kooperation und anderen Fragen erschwere eine konstruktive Debatte.

Auf die Bremse tritt ebenfalls der FDP-Ständerat und Aussenpolitiker

Damian Müller. «Der Bundesrat kann nicht erwarten, dass wir die Kohäsionsmilliarde einfach so freigeben.» Zuerst müsse er aufzeigen, welche Ziele er mit der EU anstrebe und wie er eine Gesamtstrategie entwickeln wolle. Erst in einem solchen Rahmen lasse sich vernünftig beurteilen, ob es sinnvoll sei, die Beiträge jetzt freizugeben oder damit zuzuwarten. Müller verlangt auch eine Klärung zur Natur der Kohäsionsmilliarde: «Ist es ein autonomer, freiwilliger Akt? Ist es ein Eintrittsticket in den Binnenmarkt, wie bis anhin? Ist es eine Bedingung für die enge Zusammenarbeit in der Forschung?» Diese Unklarheiten müssten beseitigt werden.

Keine dringliche Behandlung

Ob dies in der Herbstsession in beiden Räten geschieht, ist fraglich. Das Büro des Ständerats ist bis anhin nicht bereit, das Geschäft dringlich zu behandeln. Bleibt es dabei, dürfte das Parlament frühestens im Dezember über die Freigabe der zweiten Kohäsionsmilliarde entscheiden.

Der grösste Teil der rund 1,3 Milliarden Franken, die sich auf mehrere Jahre verteilen, ist für Projekte in ausgewählten EU-Staaten im Osten bestimmt. Rund 200 Millionen sind für Massnahmen in Ländern vorgesehen, die besonders von der Migration betroffen sind.

Bund stoppt Ausschaffung von Afghanen

gaf./cn. · Nach Deutschland, den Niederlanden und weiteren Staaten will auch die Schweiz bis auf weiteres keine abgewiesenen Asylbewerber mehr nach Afghanistan ausschaffen. Dies teilte das Staatssekretariat für Migration am Mittwoch mit. Es begründete den Schritt mit der veränderten Situation im Land. Es würden auch keine neuen Wegweisungen verfügt. Einzig bei straffälligen Personen würden die Vorbereitungen für eine Rückführung weitergeführt.

Durch den Vormarsch der Taliban hat sich die Lage im Land in den vergangenen Tagen stark verschlechtert. Die afghanischen Behörden hatten Bern bereits Anfang Juli mitgeteilt, dass begleitete Rückführungen von abgewiesenen Asylbewerbern vorderhand bis im Oktober aufgeschoben werden sollten. Kabul begründete die Forderung mit der Gewalt der Taliban und der steigenden Zahl der Corona-Infektionen.

Schweden, Norwegen und Finnland sind der Forderung früher nachgekommen. Die Schweiz hielt bis Mittwoch jedoch offiziell an Zwangsrückführungen nach Afghanistan fest. Noch im Juni wollte der Bund die Ausschaffungen wieder aufnehmen. Diese waren allerdings seit längerem schwierig durchzuführen. Die letzte Ausschaffung erfolgte 2019. Gegenwärtig befinden sich in der Schweiz 168 wegweisene afghanische Asylbewerber.